

Die Schweiz im Europa von heute und von morgen

Autor(en): **Dürrenmatt, P.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bündner Schulblatt = Bollettino scolastico grigione = Fegl scolastico grischun**

Band (Jahr): **26 (1967)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-356250>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Schweiz im Europa von heute und von morgen*

Von Nationalrat Dr. P. Dürrenmatt, Basel

Herr Präsident, hochwürdiger Herr Abt, hochansehnliche Versammlung, meine Damen und Herren!

Ich möchte zunächst dem Herrn Präsidenten herzlich dafür danken, daß er mich so freundlich begrüßt hat. Er hat auf den Sinn für großräumiges Denken in Ihrer Konferenz hingewiesen und damit wohl angedeutet, daß ich aus dem kleinräumigen Stadtkanton Basel in den großräumigen Kanton Graubünden gereist bin. Ich habe den Ruf Ihrer Konferenz, zu Ihnen über Europa-Probleme zu sprechen, als besondere Ehre betrachtet und bin ihm mit Freude gefolgt. Deswegen mit Freude, weil ich aus Ihrem Stande hervorgegangen bin. Es gibt eine interessante Relation zwischen dem Stande der Lehrer und demjenigen der Journalisten, wobei ich offen zugebe, daß Sie vielleicht der Auffassung sind, das sei für Sie nicht immer schmeichelhaft. Für uns ist es stets schmeichelhaft zu wissen, daß viele Journalisten aus dem Lehrerstande hervorgegangen sind. Sie sehen also, es hatte verschiedene Ursachen, weshalb ich Ihnen gewissermaßen zusagen mußte.

Meine Damen und Herren, der Titel des Vortrages «Die Schweiz im Europa von heute und von morgen» konfrontiert zunächst miteinander die beiden Begriffe «die Schweiz» und «Europa», und beides zusammen stellt sich in ein Gegenüber zu den Zeitkategorien «Gegenwart» und «Zukunft». Wie verhalten wir Schweizer uns zu Europa, wie ist das Bild beschaffen, das wir uns von Europa machen, wie bietet sich uns das politische Problem Europa dar, heute und in der Zukunft?

Da möchte ich zunächst wie folgt vorgehen. Ich möchte im ersten Teil meines Vortrages den Begriff «Europa» näher umschreiben, das heißt umschreiben, wovon ich spreche, wenn ich «Europa» sage. Im zweiten Teil möchte ich hernach untersuchen, wie sich die europäische Realität im Vergleich mit unserer eidgenössischen schweizerischen Realität darbietet. Aus beiden Gegenüberstellungen sollte sich dann eine gewisse Synthese ergeben.

Wenn ich sage, ich beginne mit dem Begriff Europa, so frage ich zugleich: Was meinen wir, wenn wir von Europa sprechen? Ich würde drei Unterscheidungen treffen. Wir verstehen darunter eine politische Idee. Wir verstehen darunter aber auch – wie jedesmal, wenn von Politik die Rede ist – ein Machtproblem, das heißt ein Problem, das aus neuen Machtverhältnissen entstanden ist. Und schließlich müssen wir uns fragen, wie sich uns dieses Europa speziell im heutigen Zeitpunkt darbietet, in einem Augenblick also, da wir eine Diskrepanz feststellen zwischen den Bestrebungen, diesen Kontinent zu einigen, und gewissen Realitäten, die wir beobachten.

Ich kann, wenn ich mich an mein Programm halten will, die an und für sich interessante geistesgeschichtliche Entwicklung des Europa-Gedankens nur in Stichwörtern streifen. In der Form, in der wir heute von der politischen Europa-Idee sprechen, ist sie eine moderne Idee, eine Idee, die sich bis in das Zeitalter der Renaissance nachweisen läßt. Das Europa, wie es sich im Zeitalter des Römischen Reiches darbot, oder das Europa des Mittelalters waren noch identisch gewesen mit der Menschheit schlechthin. Jene beiden Ausprägungen Europas waren nicht Ideen gewesen, sondern Realitäten. Sie waren für die damaligen Menschen selbstverständlich. Das gilt so gut für die europäische Wirklichkeit des Römischen Reiches als einer imposanten Ausprägung der

Macht und des Rechtes wie für die Reichsidee als das Idol des christlichen Abendlandes des Mittelalters. Die neue Europa-Idee dagegen entstand in einem Zeitpunkt, da die Einheit Europas, seine geistige und seine politische, bereits im Zerfall begriffen war. Die Entwicklung der modernen Europa-Idee fällt zusammen mit den großen Krisen unserer europäischen Geschichte, die gekennzeichnet sind durch den Ersten Weltkrieg, durch die Folgen der Weltwirtschaftskrise und durch den Zweiten Weltkrieg. In diesem Zeitabschnitt, in den fünfzig Jahren zwischen 1910 und 1960 (wenn wir den Bogen so spannen wollen), spielt sich in geschichtlicher Hinsicht eine vollkommene und totale Verwandlung der politischen Geltung unseres Kontinentes ab. Noch um 1910 war Europa identisch mit der Welt. Wenn Sie eine Weltkarte aus jener Zeit betrachten, so erscheint noch mit völliger Selbstverständlichkeit Europa (zu dem auch Rußland gehörte) als das bewegende Zentrum der Welt. Sie finden in Asien in Afrika, in Australien Färbungen auf dieser Weltkarte, die übereinstimmen mit den Färbungen Deutschlands, Großbritanniens oder Frankreichs und die damit verbundene Bezeichnung «britischer, deutscher oder französischer Besitz». Die Welt gehörte Europa, die Welt war Europa. Dieser Zustand scheint nach dem Ende des Ersten Weltkrieges noch fortzubestehen. Dann bricht die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges herein. Sie verkehrt fast mit einem Schlag die Situation in ihr Gegenteil. Aus dem bewegenden Zentrum wird ein zusammengeschrumpftes Mittelstück zwischen zwei neuen, gewaltigen politischen Einflüssen, dem amerikanischen und dem sowjetischen.

Es fällt also die Entstehung der modernen Europa-Idee, das heißt die Absicht, aus Europa eine Konföderation zu machen, zusammen mit der größten Krise dieses europäischen Abendlandes. Auf dem scheinbar noch vorhandenen Höhepunkt nach dem Ersten Weltkrieg ist es hauptsächlich der österreichische Graf Coudenhove-Kalergi, der die Paneuropa-Idee lancierte. Er weist daraufhin, daß die politische Entwicklung auf die Bildung politischer Kontinente abzielt. Er erklärt, es müsse sich auch der europäische Kontinent unter den neuen Machtverhältnissen, die kommen werden, neu organisieren. So entsteht nach 1920 aus der Paneuropa-Bewegung eine europäische Geistesbewegung, die freilich den intellektuellen Rahmen sprengt, die viele Politiker fasziniert, die sich aber nicht zur Realität zu entwickeln vermag. Es folgte der nächste Abschnitt, die zerstörerische Krise der dreißiger Jahre und die Zertrümmerung der politischen Verhältnisse der alten Welt, im wesentlichen durch das Aufkommen des Nationalsozialismus in Deutschland und durch die katastrophalen Folgen, die sich daraus entwickelt haben. Daraus entsteht eine umfassende Krise des Geschichtsbewußtseins in den großen europäischen Nationen, die sich gleichsam über Nacht mit der Tatsache abfinden mußten, daß sie zweitrangige Nationen geworden waren und daß die Weltgeschichte nicht mehr in den europäischen Hauptstädten gemacht wurde.

Wir werden auf dieses Phänomen der Zerstörung der Geschichte noch zurückkommen. Vorerst wollen wir uns fragen, wie sich die ideelle Situation mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges darbietet. Die Konsequenzen der politischen Situation wurden erkannt, so vor allem von dem großen Staatsmann des Zweiten Weltkrieges, Sir Winston Churchill. Ungefähr gleichzeitig taucht im Bewußtsein aller europäischen Völker die Frage auf: «Gibt es in diesem politisch zusammengeschrumpften, im wesentlichen nur noch auf Westeuropa beschränkten Kontinent nicht eine Gemeinsamkeit?» Vor kurzem ist das Buch des Zürcher Literaturhistorikers Karl Schmid herausgekommen «Europa zwischen Ideologie und Wirklichkeit», ein ausgezeichnete und charakteristisch schweizerischer Beitrag zur Europa-Idee. Karl Schmid bringt das Gemeinsame dessen, was das geistige Europa ausmacht, die Europa-Idee, auf die Dreiheit (die er nicht

erfunden hat): Griechentum, Römertum, Christentum. Er sagt, daß sich nicht bestreiten lasse, daß diese drei Kräfte unsere alte Welt geformt haben, daß sich die Wirkungen dieser drei Kräfte bis in alle Einzelheiten geistesgeschichtlich nachweisen lassen. Aber – so fährt Schmid fort – genügt diese Dreiheit, um die Basis einer politischen Idee zu werden? Er fragt deswegen so, weil er darauf aufmerksam macht, daß diese Dreiheit über Europa hinausweist: Griechentum, Römertum, Christentum sind auf europäischem Boden gewachsen, aber ihre Ausstrahlungen sind weltweit. Ich stimme ihm zu, wenn er sagt, sie seien nicht nur weltweit, sondern sie müßten weltweit sein. Die historische Größe und die in der Geschichte wirkende Kraft Europas strömt eben aus dieser Tatsache, daß aus der erwähnten Dreiheit eine unendliche Befruchtung des menschlichen Geistes in der ganzen Welt wirksam wurde. Die ganze heutige Unruhe bis und mit der unbegreiflichen, erschreckenden chinesischen «Kulturrevolution» läßt sich in ihren Ursachen immer irgendwie auf jene Dreiheit zurückführen, in ihren positiven wie in ihren negativen Anblicken, unter anderem in der Polarität des Geistes, die sie erzeugt hat. Die Auswirkungen der Dreiheit Griechentum, Römertum, Christentum strömte über Europa hinaus, und damit bekommen wir einen Fingerzeig dafür, was der Europa-Gedanke für die Zukunft bedeuten kann: Jene Dreiheit muß in ihrer Ausstrahlungskraft erhalten bleiben. Es wird kein Europa geben, das jene Dreiheit nur für sich zu konservieren trachtet. Die Zukunft Europas wird dann entschieden sein, wenn jene Dreiheit ihre geistige Ausstrahlung zu entfalten vermag, mitten aus einem regenerierten Europa heraus.

Die Dreiheit «Griechentum, Römertum, Christentum» bildete indessen daher keine politisch wirksame Einheit, weil sie Wirklichkeit wurde in der Ausprägung der Nationen. Schmid weist das überzeugend nach, etwa am Beispiel Frankreichs, das heißt des Einflusses der Latinität auf Frankreich, oder am Beispiel des Einflusses eines vermutlich idealisierten Griechentums auf das deutsche Denken. Es ließe sich auch nachweisen, wie bestimmte politische Ideen, die aus christlich inspiriertem Denken stammen, in einzelnen Nationen einen andern Charakter angenommen haben als in andern. Es ließe sich nachweisen, wie das christliche Element etwa für die Entstehung der schweizerischen Nation – die sich weder auf die Sprache, noch auf die Rasse stützt – eine eminente Rolle gespielt hat, oder wie dieser gleiche christliche Einfluß im französischen, im britischen oder im deutschen Denken völlig verschiedene Wege eingeschlagen hat. Das meinen wir, wenn wir sagen, die Dreiheit «Griechentum, Römertum, Christentum» sei zur politischen Kraft, zur schöpferischen wie zur zerstörerischen, über die Ausprägung in der Nation existent geworden. Das ist das Charakteristische für die Entwicklung von der Renaissance bis zum europäischen Zusammenbruch nach dem Zweiten Weltkrieg, daß die Nationen eben doch die eigentlichen Träger des ausstrahlenden europäischen Geistes gewesen sind. Es würde viel zu weit führen, wenn ich das im einzelnen nachweisen wollte, aber Sie werden sich sicher ihre Überlegungen machen können und daraus sehen, daß diese Sicht der Dinge richtig ist.

Das, meine Damen und Herren, ist mein kurzer Abriss, mein Rückblick auf die Entstehung der Europa-Idee. Das also, die Feststellung, daß es etwas gibt, das in der Geschichte als das Europäische sichtbar wurde, die erwähnte Dreiheit und die Wirksamkeit dieser Freiheit über die Realität der Nation, und daß mit dem Zusammenbruch von 1945 und mit der gewaltigen Existenzkrise, in die mit ihm die europäischen Nationen gerieten, von selber die Frage aufkam, ob sich auf der Grundlage dieser Dreiheit auch politisch ein neues Europa errichten lasse.

Damit komme ich zum zweiten Teil. Ich versuche, einige Gedanken zu äußern über das Problem der politischen Macht; eine Krise der Macht, wie sie unsere Eidgenossenschaft nach dem Zusammenbruch von Marignano erlebt hatte. Ich habe die Formulierung schon gebraucht und halte an ihr fest, daß wir Europäer jetzt unser Marignano erlebt haben: Vor Marignano eine kraftstrotzende Eidgenossenschaft mit einem allerdings nicht sehr präzisen Willen, sich auszudehnen, Eroberungen zu machen, sich anderer Herren Länder anzueignen – nach Marignano (die Katastrophe war größer, als wir uns oft bewußt sind) der totale Zusammenbruch dieses Willens, die Rückkehr zu sich selbst, die Entwicklung der politischen Kräfte nach innen, genau so, wie Bruder Klaus es den Eidgenossen beschwörend vorausgesagt hatte.

Ähnlich ist die europäische Situation nach 1945, eine Situation dadurch gekennzeichnet, daß Europa sich selbst zerstörte, daß es nicht mehr fähig war, sich aus eigener Kraft von den Folgen der Zerstörung zu befreien, und daß schließlich die Vereinigten Staaten von Amerika und die unter Stalin betont asiatisch orientierte Sowjetunion den Ausschlag gaben für die Beendigung des Krieges. Die politische Situation Europas, wie sie sich seit 1945 darbietet, trägt alle Züge einer neuen Lage, die von Staatsmännern sanktioniert wurde, die über die Bedürfnisse Europas nicht Bescheid wußten. Klassisches Beispiel für diese Unwissenheit sind die Behandlung des Hauptunterlegenen, Deutschland, oder die Art und Weise, wie die Sieger Osteuropa behandelt haben. Man fand sich nicht nur mit der Zweiteilung Deutschlands ab, womit man die europäische Politik mit einem neuen, folgenschweren Problem belastete, das heute wieder akut zu werden droht, sondern unter dem Eindruck der damaligen Sicht der Machtverhältnisse (bei der die Amerikaner in erster Linie noch mit ihrem ostasiatischen Problem beschäftigt waren und in Europa einfach Ruhe haben wollten), schloß man westlich orientierte europäische Kulturnationen wie die Polen, die Ungarn, die Tschechen und die Balkanstaaten von Europa aus; man überlieferte sie dem sowjetischen Machtanspruch. Die Sieger zerstörten diesen Teil Europas, den man einst «Mitteleuropa» genannt hatte, das Verbindungsstück zur slawisch-russischen Welt. Von Europa blieb ein Glacis über, das sozial, wirtschaftlich und politisch zerstört war, gegen das die kolonialen Völker revoltierten und sich von den Europäern freizumachen trachteten. Im Europa vom Sommer 1945 schienen sich einfach der amerikanische und der russische Einfluß zu begegnen, und es schien sich ein Kampf darum abzuzeichnen, welcher von beiden in dieser Situation siegen werde. So sah die Zerstörung der alten Machtposition aus, nicht nur, weil die alten Großmächte zerstört waren, sondern weil die Bedeutung Europas als Machtfaktor überhaupt verschwunden war. Es folgte im Jahre 1946 die Rede Churchills in Zürich, die Rede eines tragischen Staatsmannes, der die Situation zwar hatte kommen sehen, der eine andere, eine den europäischen Verhältnissen angepaßte Strategie gefordert hatte, sich indessen nicht hatte durchsetzen können, weil auch in jenem Bündnis das Wort galt: «Wer zahlt, befiehlt.» Es zahlten die Amerikaner, und deshalb befahlen sie; sie setzten ihre strategischen Lösungen dort an, wo sie es für richtig hielten. Und dann kam Churchill nach Zürich und stellte in seiner Rede fest, die alten Machtverhältnisse seien zerstört, die alten europäischen Rivalitäten seien überlebt, wie sie sich etwa zwischen Deutschen und Franzosen im Elsaß, zwischen Italienern und Österreichern im Südtirol ergeben hatten. Wir brauchten nun ein Europa, das sich zusammenschließen wolle, um in der Lage zu sein, durch seinen Zusammenschluß wieder etwas zu gelten.

Das war Churchills Europa-Ruf. Er hatte in der Praxis drei Wirkungen: auf dem rein politischen Gebiet die Gründung des Straßburger Europarates, auf dem wirtschaft-

lichen die Entwicklung des Marshall-Planes und die sich ergebende Entwicklung der Idee der europäischen Integration, auf dem militärischen Gebiet die im Jahre 1948 erfolgte Gründung des Nordatlantikpaktes. Das waren praktische Ergebnisse von Lehren, die aus der neuen Verteilung der Macht gezogen wurden. Diese Grundlehren sind geblieben. Es ist nach wie vor realistische Einsicht, daß die Europäer an ihren früheren Streitigkeiten nicht mehr interessiert sein können, daß eine Wiederbelebung alter Rivalitäten schließlich zur Zerstörung des politischen Europäertums selbst führen müßte. Das alles hilft freilich nicht über die wirklichen Verhältnisse hinweg. Ich möchte diese mit zwei Feststellungen charakterisieren. Von 1948 an zeigte sich, daß die Bereitschaft, die politische Einigung Europas zu betreiben, im Steigen begriffen war. Im selben Maße, in dem damals die Gefahr zunahm, es könnte die sowjetische Politik weiter nach Westeuropa ausgreifen, nahm auch die Bereitschaft zu, europäisch zu denken. Aber auch das Umgekehrte gilt. Jedesmal, wenn die gemeinsame Bedrohung abnimmt, nimmt auch die Bereitschaft ab, sich für den Europa-Gedanken zu exponieren.

Das andere Wichtige an dieser Entwicklung ist die neue Bedeutung, die – seit ungefähr sechs, sieben Jahren – dem nationalen Gedanken in Europa wiederum zukommt. An ein solches Wiedererstehen des Nationalen hatte im Jahr 1945 niemand geglaubt. Im übrigen darf dieses Wiedererwachen des Nationalen nicht nur als Fehlentwicklung beurteilt werden. Es war zu erwarten, daß im selben Umfang, in dem die europäischen Völker sich sozial und wirtschaftlich auffangen würden, auch ihr nationales Bewußtsein wieder erwachen würde. Wenn ich sage, wir dürften es nicht nur negativ betrachten, so meine ich das vor allem im Hinblick auf die Entwicklungen in jenen osteuropäischen Staaten, die als Satelliten unter dem sowjetischen Einfluß geraten sind.

Meine Damen und Herren, denken Sie an ein eindrückliches Beispiel, an das polnische Schicksal. Bei der Teilung Polens durch die Sowjetunion und die Nationalsozialisten war auf beiden Seiten die Absicht vorhanden, die polnische Nation auszurotten. Die Ausrottung begann damit, daß die Elite des politischen, kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und militärischen Lebens wortwörtlich biologisch ausgerottet werden sollte. Es wurde mit dieser Volke von den Siegern in fürchterlicher Weise umgesprungen. Als Polen hernach unter die sowjetische Botmäßigkeit geriet, bestand die Meinung, das nationale Rückgrat dieser Nation sei gebrochen. Sie werde jetzt im wirklichen Sinne des Wortes eine proletarische Nation, widerstandslos bereit, sich den Weisungen Moskaus zu unterziehen. Jetzt aber erleben wir in dieser polnischen Nation eine wachsende Restauration des religiösen und nationalen Denkens. Eine Restauration, die für den gesamten Ostblock zum Problem wird, und die die polnische Intelligenz mehr und mehr dazu ermuntert, sich zu den Idealen des Westens zu bekennen, eben zu der erwähnten Dreiheit. Ich hatte vor mehr als Jahresfrist eine Begegnung mit einem hohen polnischen Beamten aus dem Architekturfach und einen Vortrag von ihm in einem geschlossenen Kreise angehört. In diesem Vortrag wurde über die Probleme des Städtebaues gesprochen, aber der Name der Sowjetunion kam nie vor, kein einziges Mal. Dagegen wurden wiederholt Amerika und England zitiert, und am Schluß sagte dieser Mann: «Meine Damen und Herren, ich glaube und ich hoffe nur, daß Sie begriffen haben, daß sich Polen zur westlichen Kultur zählt.» Die Bedeutung dieses Bekenntnisses muß man in das Verhältnis zu dem setzen, was in Polen passiert ist. Dann begreifen Sie vielleicht, weshalb ich sage, die heutige Restauration des Nationalen auch im Osten habe nicht nur ihre negativen Seiten.

Die negativen Seiten der Restauration des Nationalen sind gewisse Illusionen, die damit verbunden sind, es ist die Meinung, es könne in Europa wieder auf der Grundlage der Restauration der nationalen Macht politisiert werden. Wenn Europa diesen Weg gehen sollte, dann glaube ich allerdings, daß er in eine neue Katastrophe führen wird. Im einzelnen erinnere ich nur an den Problemkomplex Großbritannien, an die unerhörte Krise, in der sich dieses Land befindet, in der es, abwechselnd, einen Schritt auf den Kontinent hin, den nächsten Schritt wieder Richtung Commonwealth macht und mit seiner geschichtlichen Situation nicht fertig wird.

Ich erinnere an das große Problem Frankreich, wo ein Staatschef eben dieses Nationale derart in den Mittelpunkt stellt, daß er glaubt, auch die nationale Größe und Macht von vorgestern restaurieren zu können, womit er indessen im deutschen Nachbarland Kräfte weckt, die ganz offen erklären, genau so müßten auch die Deutschen wieder versuchen, ihre nationalen Probleme in den Vordergrund zu stellen. (Die satirische Wochenschrift «Canard enchêné» hat kürzlich geschrieben, demnächst werde ein Non-proliférationsabkommen für den Export des Gaullismus fällig!)

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang einen Hinweis auf den folgeschweren Unterschied zwischen dem Begriff des Nationalen, wie er sich in Frankreich entwickelt, und der Art und Weise, wie er sich in Deutschland entwickeln könnte. Ich mache für französische Freunde immer wieder auf diesen Unterschied aufmerksam. Ich pflege sie darauf hinzuweisen, daß die Betonung des nationalen Gedankens in Frankreich nicht verbunden sei mit einem Programm für Wiedereroberungen und Neueroberungen. Das nationale Denken der Franzosen ist geprägt von der Verehrung für die Sprache, ist geprägt von der Überzeugung, die französische Kultur sei maßgeblicher Träger der Latinität. Eine nationale Restauration Frankreichs will seinen geistigen Einfluß in der Welt wieder zur Geltung bringen. De Gaulle glaubt, um dieses Ziel zu erreichen, bedürfe es des politischen Unterbaues. Wenn indessen dieser nationale Funke überspringt auf ein anderes Volk, das unser Nachbarvolk ist, auf das deutsche, so wird der Gedanke eine vollkommen andere Gestalt annehmen. Wenn der nationale Gedanke in der deutschen Politik wieder in den Vordergrund gerückt werden sollte, so läßt sich das Programm auf einen Nenner bringen: Wiedervereinigung. Mit diesem Stichwort aber läßt er sich auf andere Nenner erweitern. Das deutsche Programm könnte dann lauten: Wir haben die Wiedervereinigung durch das Zusammengehen mit dem Westen nicht bekommen; wir könnten sie nur durch ein Arrangement mit dem Osten erhalten. Und schon wären wir mitten drin in einer fatalen Gesetzmäßigkeit, die ja schon beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ihre Rolle gespielt hat. Die Betonung des nationalen Gedankens im Sinne der Entstehung einer Konkurrenzidee zum europäischen Gedanken müßte in Deutschland, auf das Ganze gesehen, katastrophale Folgen auslösen, weil er den Drang begünstigen müßte, sich vom Westen zu distanzieren und sich dem Osten zuzuneigen.

Damit wird nun zweierlei sichtbar. Es wird sichtbar, daß Europa den Deutschen helfen müßte, mit ihrer schwierigen geschichtlichen Situation fertig zu werden. Die deutsche Politik versagte vor der Aufgabe, das Grundprinzip der deutschen Geschichte zu erkennen, daß nämlich Deutschland eine Mitte zu bilden hätte zwischen dem slawischen und dem romanischen Europa. Der alte Bismarck hatte um die Bedeutung dieses Prinzips gewußt, und er hatte den Krieg gefürchtet. Jene, die auf ihn folgten, waren nicht imstande, die Problematik zu meistern. Daraus entstand die Katastrophe. Und dann etwas Zweites: in keinem europäischen Volke ist durch den Ausgang des Zweiten Weltkrieges die Geschichte derart zerstört worden wie im deutschen. Den Engländern

blieb immer noch die Realität des Commonwealth. Der Franzose hatte noch eine Vergangenheit. Die französische Geschichtsschreibung hat ein geradezu virtuosos Talent, die gegensätzlichsten Dinge, die sich in Frankreichs Geschichte abgespielt haben, gewissermaßen in eine logische Folge zu bringen. Die französischen Könige wurden in dieser nationalen Geschichtsphilosophie zu Vorgängern der zentralistischen Idee der Jakobiner; es folgte sich alles wie am Schnürchen. An diesem Geschichtsbild hat der Ausgang des Zweiten Weltkrieges eigentlich kaum etwas zerstört.

Ganz anders in Deutschland. Die deutsche Jugend wächst nicht wie unsere Jugend mit einem Wilhelm Tell und in einer geschlossenen geschichtlichen Überlieferung auf; sie findet nichts, an dem sie sich halten kann. Sie weiß nicht, wo die Gegenwart in der Geschichte anknüpfen soll. Die dreizehn Jahre Nationalsozialismus behandeln die Deutschen als Krankheitszustand nach dem Beispiel jenes Rekruten, der bei der Aushebung vom Arzt gefragt wird: «Wie alt sind Sie?» und der darauf antwortet: «Zwanzig, eigentlich wäre ich einundzwanzig, aber ich bin ein Jahr krank gewesen.» Nach diesem Muster klammern die Deutschen ihre nationalsozialistische Vergangenheit aus als zu schwer verdaubar. Hinter dieser Lücke erhebt sich die Frage: Wo ist die für uns brauchbare Vergangenheit? Von der Weimarer Republik will man nichts wissen, da sie versagt hat. Das Bismarcksche Reich ist überholt, noch weiter zurückzugehen führt in die Utopie. Der Kurzschluß drängt sich auf: «Weg von der Geschichte! Die Geschichte hat uns in die Katastrophe geführt. Wir haben nichts von ihr zu erwarten. Wenden wir uns der Zukunft zu. Und unsere Zukunft heißt Europa.» Es gibt kein Volk in Europa, das sich gleich elementar und hoffnungsvoll dem Europa-Gedanken verschrieben hat wie das deutsche. Überlegen Sie sich, meine Damen und Herren, was die psychologisch-politischen Folgen sein werden, wenn man das deutsche Volk und die junge deutsche Generation in diesem Punkte enttäuscht. Wenn die Demagogen von morgen den Deutschen eines Tages erklären werden, die Europa-Idee sei nie mehr als eine Mode gewesen. Man habe mit ihr gespielt, weil das interessant erschien, mehr habe man nie dahinter gesehen.

Ich komme nun zu einem dritten Aspekt, den ich als denjenigen der industriellen und wirtschaftlichen Realitäten bezeichne. Wir haben bis jetzt zwei Tatbestände: progressiver Zerfall des politischen Willens zur europäischen Einigung und fortschreitende Integration auf dem Gebiet des Wirtschaftlichen. Eigentlich eine merkwürdige Entwicklung, aber sie entspricht tatsächlich der Realität. Dazu ist zunächst zu sagen, daß die Realität der Integration natürlich aus den wirtschaftlichen und technischen Gegebenheiten unseres Zeitalters hervorgegangen ist. Die Technik hat den Raum überwunden, sie will Grenzen überwinden. Als der amerikanische Minister und General Marshall den Europäern im Jahr 1947 seine Marshallplan-Hilfe anbot, verband er das mit einer einzigen Bedingung. Er verlangte, Europa sollte beschleunigt in ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet verwandelt werden, das heißt in eine große Freihandelszone ohne Zölle und ohne Exportkontingente, in eine Zone, in der alle Behinderungen des freien wirtschaftlichen Austausches aufgehoben sein würden. Damit wurde der Marshallplan zum Initiator der Integration. Indessen entstand als neue Realität ein Europa, bestehend aus zwei großen Integrationskonzeptionen, derjenigen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Brüssel und derjenige der Freihandelsassoziation. Die beiden Konzepte unterscheiden sich darin, daß im Konzept der EFTA die nationale Handlungsfreiheit, zum Beispiel in der Steuer- oder in der Sozialpolitik, möglichst bewahrt bleiben soll, während sich die EWG nicht damit begnügen will, einfach die Zölle wegfallen zu lassen und im übrigen durch Einzelabkommen die Angleichung der

sozialen Verhältnisse zu erreichen, sondern die Europa in ein Gebiet verwandeln will mit angeglichenem Steuerrecht, mit einheitlichem Niederlassungs- und Sozialrecht. Zur Lage ist zunächst folgendes zu vermerken: Hinter dem Konzept der EWG verbergen sich Überlegungen des industriellen Handelns, die man charakterisieren könnte als Überlegungen, die Wirtschaftsgemeinschaften in einen großen europäischen Trust zu verwandeln. Mit Bezug auf die politischen Absichten der EWG dagegen verbinden sich mit dieser prägnante Überlegungen der französischen Sicherheitspolitik. Wenn ich soeben darauf angespielt habe, es könnte in Deutschland eines Tages die Meinung aufkommen, man müsse seine Erwartungen auf die Sowjetunion setzen, um von ihr die Wiedervereinigung zu erhalten, so bitte ich Sie zu bedenken, daß zwischen 1930 und 1939 ein Viertel der gesamten Importe, die die Sowjetunion aus dem Ausland tätigte, aus den Vereinigten Staaten, ein Viertel aus dem damaligen Deutschen Reiche stammten. Deutschland war immer ein wichtiger Wirtschaftspartner der Sowjetunion. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand die deutsche Zweiteilung, zum Teil aus der Entschlossenheit des Westens, den Griff der Sowjetunion auf das Ruhrgebiet zu verhindern. Die politischen Überlegungen in Frankreich gehen weiter. Sie argumentieren damit, Frankreich könne vor dem deutschen Nachbarn nur dann sicher sein, wenn diesem die freie Verfügungsgewalt über das Ruhrgebiet, das heißt über die deutsche Waffenschmiede, genommen sei. Daraus entstand – im Zusammenspiel mit der Einsicht jener deutschen Politiker, die ebenfalls der Überzeugung waren, die freie Verfügungsgewalt über das Ruhrgebiet müsse aus politischen Gründen eingeschränkt werden – zunächst die Montanunion, das heißt die Zusammenlegung der Schwerindustrien Frankreichs, Deutschlands und der beteiligten Nachbarn, und später auf dieser Basis der Gemeinsame Markt. Neben den idealistischen Überzeugungen der Integrationsidee des Gemeinsamen Marktes stehen mit starkem Gewicht die Überlegungen der französischen Sicherheitspolitik gegenüber Deutschland, und in Deutschland die Überlegungen jener Kreise, die erkannt haben, daß Deutschland im Zweiten Weltkrieg seine Stellung der Mitte zwischen Slawen und Romanen verspielt hat und daß es die Zukunft nur mit Frankreich zusammen zu meistern vermag. In der heutigen Kanzler-Krise geht es nicht zuletzt darum, ob diese Politik trotz de Gaulle weitergeführt werden kann oder ob neben de Gaulle ein anderer europäischer Staat eine Politik einzuleiten trachte, die zum mindesten die deutsche Öffnung nach Osten bringen soll, ohne daß sich daraus bereits das Gespenst einer sowjetisch-deutschen, gegen den Westen gerichteten Verständigung nach dem Beispiel des Vertrages von Rapallo vor vierzig Jahren vorbereiten müßte.

*

Treten wir nun auf die schweizerische Haltung zur Europa-Frage ein. Sie wissen, in welchem Rufe wir stehen, im Rufe von Europäern mit den häufigsten Lippenbekenntnissen für Europa, aber mit den geringsten europäischen Taten. Wir seien nicht nur ein Holzboden für Dichter und Künstler, sondern auch ein Holzboden für alle zu weit in die Zukunft ausgreifenden politischen Ideen. Ich glaube, daß das seine Ursachen und Gründe hat. Die Eidgenossenschaft hätte mehr als einmal zugrunde gehen können, wenn sie nicht imstande gewesen wäre, die Grenzen der Tragbarkeit bestimmter Ideen, vor allem auch bestimmter Ideologien, zu erkennen. Es ist doch bezeichnend, daß im Faksimile-Druck der Zeitschrift «Das Reich» (eine Zeitschrift, die Goebbels geschaffen hatte, um den Nationalsozialismus dem Auslande sympathischer zu machen) ein Artikel vom November 1940 nachgelesen werden kann, dessen Verfasser zum Schluß

kommt, es sei hoffnungslos mit der Schweiz. Er habe versucht, die Schweizer vom Nutzen des neuen Europas, wie es damals angeboten wurde, zu überzeugen, aber die Schweizer hätten keinen Sinn für das Große.

Wenn wir uns nun fragen, wie unsere Europa-Einstellung beschaffen sein müßte, so möchte ich drei Kriterien aufstellen. Ich halte zunächst fest, daß wir Schweizer tatsächlich vital daran interessiert sind, daß die Konsequenzen aus der neuen politischen Situation Europas gezogen werden, daß die alten nationalen Gegensätze nicht mehr aufbrechen und daß sich Europa zu einer Konföderation entwickelt, in der die Kleinen gleichwertig sind wie die Großen. Wir haben zweitens bei der Prüfung der Europa-Frage davon auszugehen, daß auch uns, wie allen andern Völkern, das legitime Recht zusteht, unsere nationalen Auffassungen und Interessen mit zu berücksichtigen. Wir dürfen die Behauptung nicht annehmen, die die Dinge so darstellt, als ob sich in Brüssel einfach uneigennützig europäische Idealisten gruppiert hätten, während hinter den Schweizer Bergen die europäischen Reaktionäre säßen, einzig darauf bedacht, ihre nationale Existenz zu wahren. Das ist eine Vereinfachung, die man uns zwar zu suggerieren versucht, vor der ich aber entschieden warne. Schließlich das dritte: wir müßten eine eigene Europa-Politik entwickeln. Diese sollte entschiedener als bisher vor allem auch die geistigen Kontakte suchen, sich auf dem laufenden halten über das, was passiert, und unser eigenes Volk instandsetzen, sich ein Urteil über die europäischen Entwicklungen zu bilden. Ich habe gesagt, wir seien an einer Erholung Europas interessiert, die es unmöglich machen würde, daß der aggressive europäische Nationalismus des 19. Jahrhunderts, der obendrein ein sehr materialistischer Nationalismus war, nun von den Nationen auf das Ganze übertragen würde. Das heißt, daß man aus Europa jene dritte Kraft machen könnte, die den Ehrgeiz hätte, in dem oder in jenem Falle die politischen Entscheidungen zu bringen. Das wäre neue europäische Machtpolitik, und daran sind wir nicht interessiert. Woran wir interessiert sind, ist die Entwicklung einer wirtschaftlichen Konzeption, in der ein Land wie die Schweiz Platz hat, in der das nicht zerstört wird, was uns bisher ermöglichte zu bestehen, nämlich ein Zustand, der es der Schweiz erlaubt, ohne Rohstoffbasis mit Hilfe eines weltweiten Handelsverkehrs ihren Wohlstand zu mehren. Wir sind nicht interessiert an einer europäischen Organisation, die ein paar europäische Schwerpunkte schaffen würde, andere Gebiete aber versteppen ließe, ein Vorgang, wie er sich zum Beispiel unter dem Zentralismus in Frankreich abspielt. Wir gehören also zu jenen Staaten, die keine europäische Autarkie begehren, sondern die die atlantische Offenheit und die atlantische Gemeinschaft betonen. Damit stehen wir nicht allein. Es gibt noch andere, die gleich eingestellt sind.

Wir sind im weitem daran interessiert, daß eine kommende europäische Einigung unsere politische Existenz nicht zerstört. Ich glaube, meine Damen und Herren, gerade über diesen Punkt geben wir uns zu wenig Rechenschaft. Wie meine ich das? Ich meine damit, daß eine Integration, wie Brüssel sie vorsieht, mit einem europäischen Sozialrecht, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Niederlassungsrecht, das von den Zentralorganen der EWG beschlossen wird, von uns einfach akzeptiert werden müßte und wesentliche Inhalte unserer Innen- und Referendumpolitik zugleich einschränken würde. Über diese Probleme würde in einer Körperschaft in Brüssel, nicht mehr in der eidgenössischen Volksabstimmung entschieden.

Der Grund, daß wir darauf drängen, es müßten die Engländer in die EWG aufgenommen werden, bevor wir assoziieren können, liegt darin, daß der britische pragmatische Einfluß in Brüssel die zentralisierenden Tendenzen, wie sie vor allem von Frank-

reich ausgehen – diese Unfähigkeit, föderativ zu denken, diese Meinung, die Souveränität des Bundesstaates sei ein hölzernes Eisen –, daß diese Tendenzen, die in Brüssel so stark sind, durch die Einwirkungen des föderativen Geistes der Engländer gelockert würden. De Gaulle wollte Großbritannien im Jahr 1963 eben deshalb nicht in der EWG haben, weil er sich gegen diesen Einfluß als einen seinem Denken fremden Einfluß zur Wehr setzte.

Die Frage bleibt nur, was wir zu tun vermögen, diesen Einfluß des föderativen Denkens zu verstärken und mit ihm durchzudringen. Denn bis jetzt will man diese Stimme der Schweiz im andersdenkenden Ausland einfach nicht hören. Ich bin auf jeden Fall der Meinung, diese Probleme und der Umstand, daß unsere Referendumsdemokratie zur Diskussion gestellt wird, seien die zentralen Probleme, die wir bei der Frage unseres Mitgehens in der EWG bewußt machen und beantworten müssen. Denn unsere innenpolitische Souveränität würde uns eingeschränkt. Andere Staaten kennen dieses Problem nicht. Dort hat das Parlament das letzte Wort. Es ist in keinem einzigen europäischen Land über den Beitritt zur EWG abgestimmt worden. Der Beitritt wurde in zwei, drei Parlamentssitzungen erledigt, womit ein Entscheid getroffen war, den vorher die Regierungen meist weitgehend präjudiziert hatten. Und doch sehen wir, daß das Gefühl, unsere Politik werde mehr und mehr von Zwangsläufigkeiten bestimmt, die dem Bürger höchstens noch die Möglichkeit einräumen, zu den Empfehlungen des Bundesrates Nein zu sagen, zu einer Gefahr für unsere Demokratie geworden ist. Wir ruinieren damit unser politisches Existenzgefühl. Deswegen ist die Frage, wie weit sich die Struktur unseres Landes überhaupt für die Integration eignet und wie weit nicht, so entscheidend. Ich behaupte allerdings auch, ein Europa, das nur noch aus Nationen bestünde, die politisch Konkurs gemacht hätten, und so aussähe, wie das vor einigen Jahren in Delsberg ein Votant verlangte, als er sagte, die Schweiz «müsse nach Europa hinein», damit sie die Armee abschaffen und die Verteidigung von Europa übernommen werden könnte!, daß ein solches Europa kein regeneriertes, sondern ein kraftloses Europa sein würde. Das europäische Ganze wird so stark sein wie seine nationalen Teile. Diese Erkenntnis der schweizerischen Föderalisten ist allgemeingültig.

Damit komme ich zur dritten Größe, zur Frage der Neutralität. Ich bin der Meinung, das eigentliche Integrationsproblem der Schweiz liege weniger in der Neutralität als in der Frage unseres Staatsaufbaues. Wir haben aber die Neutralität mit in das Spiel zu setzen, weil man uns bis jetzt nichts Besseres für sie bietet. Es ist eben nicht so, als ob die Belgier, die Holländer, die Dänen und andere Skandinavier ihre Neutralität nach dem Zweiten Weltkrieg aufgegeben hätten, um ihre idealistische politische Gesinnung zu bezeugen und den Weg auf Europa hin zu nehmen. Sie gaben die Neutralität auf, weil sie sich für sie nicht bewährt hatte. Sie hatte im Zweiten Weltkrieg für diese Länder versagt. Wenn sie auch bei uns versagt hätte, so wären auch wir nicht mehr neutral. Wir blieben nach dem Zweiten Weltkrieg neutral, weil sich unsere Neutralität bewährt hatte. Diese Neutralität ist keine Idee. Sie ist die außenpolitische Doktrin des schwachen Kleinstaates, der weiß, daß er in der Machtpolitik der Großen nichts zu bestellen hat. Wo ständen wir heute, wenn wir um 1950 herum auf jene gehört hätten, die uns damals sagten, wir müßten in die NATO, sie allein könne uns militärisch noch schützen? Wo steht heute die Nato? Sie ist im Zerfall begriffen. Wo ständen wir, wenn wir jetzt erklären müßten, so hätten wir es uns nicht vorgestellt, als wir in die Nato eintraten? Wir würden jetzt wieder neutral. Das würde uns niemand abnehmen.

Ich habe das Beispiel verwendet, um darzutun, was nüchterne, sachliche Bewertung des Prinzips der Neutralität heißt, und daß es keinen Sinn hat, sie mit politischen Minder-

wertigkeiten zu belasten. Die Neutralität verbietet uns nicht, die internationalen Dinge offen zu verfolgen. Sie lehrt uns bloß, daß wir zurzeit nichts Besseres bekommen können.

Nun kommen die Ungeduldigen und sagen uns, es sei eben doch ein Prinzip des verhockten, zögernden, stockenden Denkens. Die Schweizer der vierziger Jahre des letzten Jahrhunderts hätten ähnliche Probleme gehabt. Aber sie seien durchgestoßen zur Gründung des Bundesstaates und hätten den Weg gewiesen, wie aus dem Konglomerat kantonaler Souveränitäten ein Bundesstaat entstehen konnte. Aufgabe der Kantone wäre es, Europa auf diesen Weg zu weisen. Das Beispiel ist ausgezeichnet – um nämlich darzutun, daß man in der Geschichte nicht vergleichen kann.

Bei der Gründung des Bundesstaates von 1848 waren in der Schweiz zwei wichtige Vorbedingungen erfüllt: das Land hatte klare Grenzen. Es ist mir nicht bekannt, daß es damals zum Beispiel in Graubünden eine Volksbewegung gegeben hätte, die die Wiedervereinigung mit dem Veltlin verlangt hätte. Die Grenzen der Eidgenossenschaft von 1815 waren akzeptiert. Zum andern: es gab bereits das Prinzip der Neutralität. Es besagte innenpolitisch, daß die großen Kantone (zum Beispiel Bern) in außenpolitischer Hinsicht die kleinern nicht in irgendwelche Abenteuer stürzen konnten. Daraus ist nämlich unsere Neutralität auch erwachsen. Beide Bedingungen sind im heutigen Europa nicht erfüllt. Europa hat noch keine allgemein anerkannten Grenzen im Osten. Die Deutschen erklären, die De-facto-Grenzen von 1945 nicht akzeptieren zu können. Es müsse darüber zum mindesten noch gesprochen werden. Sie verlangen überdies die Wiedervereinigung. Wenn nun aber die Bundesrepublik in ein vereinigt Europa eingliedert werden soll, wird dann dieses Europa die deutsche Wiedervereinigung und die Grenzberichtigung im Osten durchführen müssen? Wenn Sie das einem Holländer sagen, so wird er entsetzt die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und erklären, selbstverständlich nein, das wolle niemand. Wir begehren ein Europa, wird er erklären, das in keinen Krieg mehr verwickelt wird, das sich abseits halten kann. Und dann werden wir ihm entgegnen, im Grunde genommen seien wir uns einig, denn auch wir Schweizer möchten nichts anderes, wir hielten aber dafür, unser Mittel sei die Neutralität. Mit Bezug auf die Einigung Europas aber werde man erst weiterkommen, wenn klar geworden sei, wo Europas Grenzen im Osten verlaufen und welches seine künftige Außenpolitik sein werde.

Ich bin bei der Darstellung des schweizerischen Standpunktes von den Realitäten ausgegangen. Ich tat das nicht zuletzt deshalb, weil wir eine Nation von Realisten sind, mit allen Grenzen und mit allen Vorzügen dieser Eigenschaft. Aber ich betone noch einmal, das genügt nicht. Es gibt heute Kräfte, die den Weg weisen auf die Notwendigkeit eines stärkeren Zusammenwachsens Europas. Diese Kräfte sind – trotz allem, möchte ich sagen – am Werk und zwingen uns bereits dazu, Maßnahmen zu treffen, die andere vor uns unternommen haben. Das heißt nichts anderes, als daß wir uns in einer schwierigeren Lage befinden, als wir uns oft Rechenschaft geben. Wir können nicht einfach die Situation schwarz in weiß sehen, wir müssen mitarbeiten am wachsenden Europa, das vor allem auch eine geistige Aufgabe ist. Ich habe es deshalb auch begrüßt, daß wir nach Straßburg gegangen sind. Wir haben uns dort allmählich eine Position aufgebaut und kommen in die europäischen Gespräche. Wir können unsere Auffassungen zum Konföderationsproblem dort anbringen. Sie würden sonst nicht gehört werden. Wir müssen diese Form der Kontakte weiterpflegen und das, was sich auf europäischem Gebiet abspielt, sorgsam und aufmerksam verfolgen. Aber auch das Umgekehrte gilt, daß es an uns ist, auf gewisse Gefahren hinzuweisen, wie zum Bei-

spiel auf die Gefahr eines neuen, machtbetonten europäischen Nationalismus. Das dürfen wir um so mehr, als das, was wir an Nationalismus zu bieten haben, gewiß nicht machtbetont und nicht auf Eroberung ausgerichtet ist.

Das Europa-Problem ist nicht abgeschrieben, es steht mitten im Wachstum. Es steht mitten in einem Spannungsfeld, das beide Möglichkeiten in sich schließt, daß es zum guten Ende kommen oder in eine neue Katastrophe führen wird. Aber, meine Damen und Herren, das zeugt von Leben. So bietet sich auch die Geschichte der Eidgenossenschaft dar. Sie wurde von jenen gemacht, die in den schwersten Stunden dieses Landes den Glauben an die Zukunft nicht verloren. Wenn wir schon auf die Dreiheit Griechentum–Römertum–Christentum hingewiesen haben, so dürfen wir uns doch gerade in diesem Hause bewußt werden, daß trotz aller Krisen in dieser Dreiheit jene Kraft die vitalste geblieben ist, die nicht Geschichte wurde wie die andern beiden, sondern die in der Gegenwart wirksam geblieben ist, nämlich die christliche. Sie ist eine Kraft, die auch aus unserer Eidgenossenschaft ausströmen sollte. Diese christliche Kraft als Hoffnung auf das Kommende muß heute unser Verhalten bestimmen. Es ist das Verhalten von Menschen, die mit einer höchst unsichern Zukunft fertig werden müssen, die sie aber bewältigen können, wenn die Glaubenskräfte intakt bleiben.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen kein Europa-Rezept gegeben. Ich bin gegen Rezepte; Rezepte kann man nur beim Kochen anwenden. Sie wissen freilich auch, daß es beim Kochen heißt, viele Köche verderben den Brei. Wenn man Rezepte in der Politik anwenden will, so ist der Köche Legion, und die Gerichte werden ungenießbar. Es geht in der heutigen großen Krise des europäischen Denkens, an der wir alle mitbeteiligt sind – in dieser Krise, die so viele Zerstörungsmöglichkeiten in sich birgt und in der oft die stärkenden Kräfte überdeckt und nicht sichtbar erscheinen – darum, das Prinzip der Hoffnung nicht zu verlieren. Ich glaube, gerade Sie, meine Damen und Herren, haben allen Grund, sich auf dieses Prinzip zu besinnen und ihm zu vertrauen, denn Erziehung ist ja nichts anderes als ein ständiges, unermüdliches Setzen auf Hoffnung und ein ständig neuer, wirksamer, ungebrochener Wille zum Dienen.